

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißfels-Zeitz, Dittensberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerde und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle.

Telephon-Nr. 1047.

70

Halle a. S., Freitag, den 18. November 1893.

9. Jahrg.

Chronik auf das Jahr 1848.

17. November. Bekanntmachung des Oberpräsidenten v. Bismarck zu Berlin: „Es sollte mich verfallen, der Provinz landwirthschaftliche Statistik in die dem gegenwärtigen Stande der Staatsregierung mit der Nationalversammlung einzulegen. Daher bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß ich dem künftigen Staatsministerium auf die Nachricht von dem Beschlusse der Nationalversammlung bezüglich der Steuererhebung sofort angewandt habe, daß ich nach meinen konstitutionellen Ansichten keinen Beschluß als die notgedrungenen Minderer der gegen die Nationalversammlung ergriffenen unkonstitutionellen Maßregeln betrachten muß, und mich daher außer Stande befinde, diesem Beschlusse entgegenzutreten, falls meine Einwirkung dazu in Anspruch genommen würde.“ Diese Erklärung eines hohen Beamten war jedoch ein vollständiger Kundeneißel. Am großen und ganzen blieb der Steuererhebungsbeschlusse unangeführt.

Tagesgeschichte.

Ueber die Zusammensetzung des neuen Reichstagspräsidenten verfahren sich die Blätter den Kopf. Die Konserverativen und Nationalliberalen wollen diesmal den Schmiedel wählen.

Eine Reichstagswahl wird, wie die Volkszeitung berichtet, im Wahlkreis Mainz Oppenheim notwendig werden. Der jetzige Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, Mitglied der Zentrumspartei, will sich aus Gründen familiärer Natur vollständig vom öffentlichen Leben zurückziehen. Der Wahlkreis Mainz Oppenheim war seit dem Jahre 1890 durch den Sozialdemokraten Josef Zentgraf. Als Josef im Jahre 1896 sein Mandat niederlegte, ging der Wahlkreis an Dr. Schmidt verloren. Bei der letzten Wahl wurden für unseren Genossen Dr. David im ersten Wahlzuge 10 064 Stimmen, für Dr. Schmidt 7287 und für den nationalliberalen und antiklerikalen Kandidaten 5804 abgegeben; bei der Stichwahl siegte Dr. Schmidt mit 12 881 Stimmen gegen 12 004 Stimmen, die auf David entfielen. Wenn unsere Genossen dieses Mal mit aller Kraft in die Wahlkämpfe eintreten, dann wird es ihnen gelingen, das Zentrum aus dem Felde zu schlagen.

Gegen die Umsatzsteuer. Der Detailisten-Verband von Rheinland und Westfalen hat sich in seiner Hauptversammlung in Elberfeld mit der Frage der Erhebung geeigneter Maßregeln zur Bekämpfung der „Auswüchse“, die die Folge aus dem Geschäftverkehre der Großhändler und aus den Preisgeheißensgründungen ergeben haben sollen, beschäftigt. Von der wiederholten und unstrittigen Umsatzsteuer hat man hier ganz entschieden abgeraten. Man hat sich durch einen Beschluß gegen jede Umsatzsteuer, und gegen jede den Detailhandel im allgemeinen belastende Sondersteuer erklärt, weil diese schädigen, nicht nur für den Detailhandel, sondern auch für die Entwicklung der Industrie, der Gemeinden und des ganzen Landes wirken würde. Dieser vernünftige Standpunkt von Fachmännern dürfte speziell den schädlichen Mittelhandeltreibern wenig in den Kram passen. Der Detailisten-Verband will aber den genannten Unternehmungen auf eine andere Art zu Leibe gehen. Gegen das sogenannte Zweiggeschäftsverwehen soll in Bezug auf den Firmenumfang bei Uebertragung eines Geschäftes, oder Personenumwechsel e. vorgegangen werden; man soll dieselbe zwar auch mit einer Steuer, aber nach dem Geschäftsertrag belegen e. Für die Großhändler müßten die Herren eine nach bestimmten Gesichtspunkten geregelte Sondersteuer. Sie dürften freilich sehr auf dem Fuße gehen, wenn sie glauben, damit Althergebrachten gegen die überhandnehmende Konkurrenz erfinden zu haben.

Die Abstraktionskonferenzen soll nach einer zuverlässigen Quelle ein Programm erhalten, dessen Hauptpunkte dahin gehen, daß von einer Schmäherung der Kriegsfähigkeit der einzelnen Staaten keine Rede sein würde; es wird sich nur um die Kräftigung des gegenseitigen Wohlwollens und Vertrauens wie auch darum handeln, die vereinigten Kräfte Europas von dem ewigen Vandalentum abzulenken und außereuropäischen Aufgaben und damit der Weltpolitik zuzuwenden. Dem Entschlusse von Kaiserpräsidenten solle vorgezogen werden. Das sei die wahre Lebensfrage dieser Konferenz. Zunächst würde es Aufgabe der Delegierten sein, den Charakter und den Umfang der Streitkräfte festzustellen, die für jeden einzelnen europäischen Staat notwendig sind. Diese Normen werden auf Grund von Daten über die Lage des einzelnen Staates, ihre Größe und Bevölkerung, ihren Wohlstand e. festgestellt werden. Daraus würde sich die Konferenz zu gleicher Zeit auch auf die Band- und Seetruppen der einzelnen Staaten, auf ihre Kolonialarmeen, Festungen, auf die Dislokation der Truppen, die Waffen- und Kriegswerkzeuge ausdehnen. Ungelöste Streitfragen würden in der Konferenz nicht zur Sprache kommen.

Wie dieser Annahme wird man die Kriegsfürcht der Weltmächten sicher nicht austreiben. In den letzten Jahresgängen sich außerordentlich vermehrt haben, bemerkt die Frankfurter Zeitung, daß die Anklagen und Beurteilungen

wegen Beamten-Beleidigung einen recht hohen Prozentsatz dieser Seiten ausmachen. Da ist es vielleicht ganz zweckmäßig, daran zu erinnern, daß man in Preußen nicht immer so gedacht hat, und daß wenn auch vielleicht bei den Beamten selbst die Meinung vorhanden war, sich gegen unliebsame Kritik ihrer Handlungen durch Anklagen zu schützen, man doch an höherer Stelle solche Art der Rechtsfertigung getadelter Beamten in höchstem Maße verhorreterte. Vor fast hundert Jahren, am 20. Februar 1804, erließ König Friedrich Wilhelm II., also ein Monarch, dem gewiß niemand im Verdachte haben wird, daß er staatsgefährlichen Tendenzen nachgesinnt war, eine Räteverordnung, in welcher es heißt:

„Es kann nicht jedem zugemutet werden, in solchen Fällen, die eine Rüge verdienen, sich der Unannehmlichkeiten, womit offizielle Denunziationen verbunden sind, auszuweichen. Sollte nun auch eine anständige Kuhlität darüber untrüblich werden, so würde ja gar kein Mittel übrig bleiben, hinter die Willkür der Willkür der Willkür zu kommen, die dadurch eine heftigste Eignung erhält erhalten würden. In dieser Hinsicht ist eine anständige Kuhlität der Regierung und den Unterthanen die sicherste Bürgschaft gegen die Beschäftigung und den bösen Willen der Willkür, und verdient auf alle Weise befördert und geschützt zu werden. Wir ist nicht bekannt, daß rechtschaffene Staatsdiener dadurch sind angeleitet worden, und denen, die es nicht waren, kann eine solche Rüge nicht Schaden und dient anderen ihres Gleichen zu einem heilsamen Beispiele.“

Wir glauben, daß es recht nützlich ist, diese aus dem Anfang dieses Jahrhunderts stammenden königlichen Worte, die wohl als Richtschnur für die Juristen dienen sollten, jetzt, wo wir am Ende des Jahrhunderts stehen, in Erinnerung zu bringen. Es mag der Vergleich zwischen unsern heutigen Zuständen mit den zeitlichen Prozeffen wegen Beamtenbeleidigungen und jener königlichen Mahnung so manchen recht in die Augen fallen, wenn die von den Fortschrittlichen passen, welche wir angeblich im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts nach allen Richtungen hin gemacht haben, aber das ist nicht unsere Schuld. Wir können nicht dafür, wenn der Vergleich einen dunklen Fleck gibt in der Aufzählung der gemachten Fortschritte, aber wir wollen zugeben sein, wenn die Erinnerung an jene Räteverordnung die Wirkung hat, daß man sich künftig bestrift, den dann ausgeprochenen Grundgesetzen nachzukommen.

Das Frankfurter demokratische Blatt glaubt doch wohl selbst nicht, daß seine Erinnerung diesen Erfolg haben wird; denn es gibt keine Wunder.

Minister als Blattdränger. Herr von Tzipitz hat bekanntlich vor einiger Zeit den Werft- und Fabrikanten begrüßten lassen, um die Werft- und Fabrikarbeiter vor der Sozialdemokratie zu bewahren. Jetzt wird gemeldet, daß das Blatt aus Mangel an Mitteln eingehen muß, wenn nicht alles aufgegeben werde. Um das Neueste zu verhindern, hat Herr v. Tzipitz, Kapitän zur See, sich an die deutschen Privatverleger um Unterstützung gewandt. Der deutschen Regierung bleibt keine Klage erspart.

Vertreter der Konsumvereine. Der Gemeinderat von Wplau hat die im vorigen Jahre beschlossene Sonderbesteuerung der Füllale des Reichsbücherei Konsumvereins wieder aufgehoben. Das Ministerium hatte angeordnet, die Besteuerung auf sämtliche Konsumvereine von Wplau auszuweiten. Da bejaht sich aber der Gemeinderat, denn dann hätte er zwei Vertretungsstellen eines anderen Konsumvereins treffen müssen, dem nur gutgesinnte Leute und Wplauervereinsmitglieder angehören.

Erhebungen über die Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken haben gegenwärtig statt; sie erstrecken sich auf den Umfang, die Größe und Befahren dieser Beschäftigung. Sobald die Resultate vorliegen, wollen die Gewerbeaufsichtungsbeamten Vorarbeiten für eine zweckmäßige Art der Beschäftigung der Arbeit verheirateter Frauen machen und sich zu jedem Zwecke mit den Vorständen und Ärzten der Krankenkassen in Verbindung setzen. Damit werden unsere Industriemagazine auf keinen Fall erschrocken sein. Denn so hohe Löhne zu zahlen, daß die Erwerbsfähigkeit der verheirateten Frau unnützlich wird, werden sie sich gar nicht zu denken lassen.

Der Weichheit letzter Schluss. Das Chemnitzer Stadtkonvent-Kollegium hat gegen 15 sozialdemokratische Stimmen einen Antrag angenommen, der die Einsetzung einer Kommission verlangt, um zu erörtern, ob das gegenwärtig gültige Wahlgesetz, die Fortentwicklung der Stadt in den bisherigen Höhen und insbesondere auch auf nationaler Grundlage zu sichern in hande ist. Von der Einsetzung der Dreiklassenwahlrechts soll Abstand genommen werden, dagegen soll eine sachgemäße Gliederung der Bürgerchaft nach Berufsständen vorgenommen werden.

Das ist die Bekämpfung der Sozialdemokratie mit geistigen Waffen!

In der Stichwahl siegte in Schaumburg-Gruppe der Kandidat der freisinnigen Volkspartei, Dr. Müller, mit

3730 gegen 8068 konservativen Stimmen. Unsere Genossen hätten gewonnen für Müller. Also wieder ein freisinniger Abgeordneter aus sozialdemokratischen Kreisen.

Wieder ein Soldatenfelddienst. Aus Köln meldet ein Privattelegramm: In Rheine erlosch sich der Sergeant Baumgart von dortigen 66. Infanterieregiment, angeblich weil er von seinem Kompaniechef wegen Dienstreueigkeit zur Verantwortung gezogen worden. Der Sergeant war mit der Ausbildung der Einjährig-Freiwilligen betraut. Mit dieser Obliegenheit soll die Anweisung zusammenhängen. Dem Hauptmann war ihm Pflichtverletzung vorgeworfen worden.

Die Anweisung unseres Genossen Deann wird, wie die Köln. Volkszeitung berichtet, in verschiedenen rechtslebenden Blättern von Journalisten verteidigt, welche ebenfalls als Ausländer, nämlich als Dänen bekannt sind. „Es handelt sich hier vielleicht um Persönlichkeiten, die nicht ganz ihren Wünschen entsprechend zum Verlassen des Auslands gezwungen sind und die also gewiss anerkennen, wie wertvoll es ist, wenn man sich im Auslande eine neue Heimat gründen kann. Man sollte denken, daß solche Männer zu allererst die Meinung empfinden, duldsam zu sein.“

Die Frage Gefangenklumpen wissen genau, daß sie nichts zu befürchten haben. Aber wie leicht wandelt sich in Deutschland der Kurs! Wegen Kaiserbeleidigung wurde am 14. November von der Strafkammer in Elberfeld der Führer Franz Reine aus Braunschweig zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Diese Strafe wurde mit einer dem Angeklagten vom Kriegsgericht subditierte Gefängnisstrafe von 3 Jahren und 1 Monat wegen Kaiserbeleidigung und wegen Verleumdung des Befehlshabers zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren und 6 Monaten zusammengezogen.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Götting der Former Lud verurteilt. Lud ist Mitglied des Hirsch-Dunkerischen Gewervereins und soll die in triminierte Verleumdung einem Eisenbahnbeamten gegenüber getan haben.

Wegen Kaiserbeleidigung freigeprochen wurde in der Verurteilung des Privatstreiters Scholz aus Weitzen. In der ersten Instanz war er zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Justiz.

Frankreich. Das Gerücht vom Tode des Dreyfus behält sich nicht. Dagegen scheinen die Dinge eine Wendung zu nehmen, welche man zu hoffen hat. Es wird gemeldet, der Kassationshof habe den Kolonialminister angewiesen, Dreyfus auf schnellstem Wege von der Revision seines Prozesses zu beauftragen und ihn anzufragen, seine Verteidigungsmittel vorzubringen. Der Beschluß des obersten Gerichtshofes enthält eine scharfe Kritik des Verfahrens Dupuy's, der sich bekanntlich geweigert hat, Dreyfus auch nur die geringste Nachricht vom dem Revisionsverfahren zuzulassen.

Angleich wird gemeldet, daß die Minister für die Kolonien ein Telegramm erhielt, welches der Minister enthielt, daß Dreyfus bei zurer Wende sei. Die Fragen, welche Dreyfus seitens des Kassationshofes vorgelegt werden sollen, werden ihm auf dem gewöhnlichen Wege zugehen, ebenso wie die diese Fragen betreffenden Schriftsätze.

Frankreich. Unsere Genossen haben in der französischen National-Versammlung einen Antrag eingebracht, welcher die Wählung des Militärtribunals, welches der Militärtribunale verlangt. Der Entwurf enthält nur drei Paragraphen.

Schweiz. Die Schaffung eines einheitlichen Zivilrechtes für die Schweiz beschloß das Schweizer Volk am Sonntag mit 266 165 gegen 98 570 Stimmen. Die Vereinheitlichung des Strafrechts wurde mit 266 134 gegen 98 760 ebenfalls beschlossen.

Schweiz. Der Anarchist Lucchini hat gegen das Urteil des Schwurgerichts in Genf das Kassationsbegehren eingereicht.

Politisches und Gerichtliches.

§ Gehauscht wurde in der Wohnung des Genossen Baumüller in Magdeburg nach einer Postkarte. § 30 vom 1. März 1878. In 60 Mark Geldstrafe wurde der Redakteur der Magdeburger Volksstimme verurteilt, weil er einen Vorwurf, der von einem Wenzelsberger an der sächsischen böhmischen Grenze an einer 60-jährigen Frau begangen wurde, in Parallele mit der Ermordung der Kaiserin von Österreich stellte und damit die Bemerkung machte, daß diese Tat von der bürgerlichen Presse mit ihrer Heile abgethan werde, während sie über den Vorwurf der Kaiserin hochachtungspollend Berichte gebracht habe. Der Staatsanwalt hat darin eine Verletzung der unteren Volksklassen. Es ihmnt eingewendet werden, die Volksstimme wolle nur von Sozialdemokraten gelesen, dies ist jedoch nicht der Fall, denn es ist doch dem Gerichte bekannt, wie oft diese, die auf die Parteipresse abnormiert wären, Verurteilungen dementsprechend (sozialdemokratisch) wählten u. f. w., zu den Ältern ansetzten, sie hätten in inner-

